



Gleiche Rechte und tragfähige Perspektiven für alle Kriegsflüchtlinge

Ukrainische Geflüchtete erhalten sofort den Schutzstatus S, während die meisten Geflüchteten aus Kriegsländern wie Afghanistan und Syrien hier oft jahrelang mit einer vorläufigen Aufnahme (Ausweis F) leben. Das muss sich ändern. Die SP Migrant:innen Schweiz fordern:

1. Gleiche Rechte und gleiche Zukunftsperspektiven für alle Kriegsflüchtlinge.
2. Die bundesrätlichen Vorschläge von 2017 für einen neuen Schutzstatus mit Bleibe-recht müssen endlich umgesetzt werden.
3. Ein automatisches Aufenthaltsrecht (mindestens Aufenthaltsbewilligung B) nach spä- testens fünf Jahren für alle unabhängig vom Sozialhilfebezug.
4. Die Kantone müssen die Bundesbeiträge nutzen und an die Flüchtlinge, die Gastfami- lien und Programme sozialer Organisationen weitergeben.
5. Arbeitsaufnahme ab dem ersten Tag und nicht erst nach der vorläufigen Aufnahme.
6. Mit Diplomanerkennung und Zugang zu Bildung die Teilhabe am sozialen und wirt- schaftlichen Leben ermöglichen.
7. Integration in jedem Fall fördern, denn sie ist auch für die Rückkehr Voraussetzung: wer die Sprache beherrscht, erwerbstätig ist und seine Ausbildung fortsetzt, kann die Schweiz aus einer Position der Stärke verlassen.
8. Aufnahme bei Familien und Bekannten für alle erleichtern und die Eigeninitiative för- dern, statt sie durch die Unterbringung in Kollektivunterkünften zu behindern.
9. Verteilung auf die Kantone mit Anreizen, nicht mit Zwang.
10. Reisefreiheit für alle; alle Reiseverbote gehören abgeschafft.
11. Familiennachzug für alle ermöglichen ohne die dreijährige Wartezeit und unabhängig vom Sozialhilfebezug.
12. Gleichwertige Sozialhilfe für alle Flüchtlinge, ohne dass Personen aus Afghanistan und Syrien Geld und Wertgegenstände abgeben müssen, um Kosten zu decken – im Un- terschied zu den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine.
13. Respekt für alle – Einrichtung von Ombudsstellen, die niederschwellige Missverständ- nisse klären und einen respektvollen und unterstützenden Umgang mit den Geflüch- teten gewährleisten.
14. Gültige Reisepapiere und Zivilstandsdokumente für alle Flüchtlinge dank pragmati- scher Unterstützung durch die Schweizer Vertretungen vor Ort und der Ausstellung von Ersatzpapieren in der Schweiz.
15. Psychosoziale Unterstützung für alle ungeachtet von Herkunft und Aufenthaltsstatus, statt die durch die Flucht bedingten psychischen Belastungen mit der «vorläufigen Auf- nahme» und Prekarisierung zusätzlich zu verschärfen.